

Politische Ökonomie und Sozialpolitik für ein gutes Leben

Katja Kipping, Vortrag im Rahmen des Salons der [Rosa-Luxemburg-Stiftung "Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens"](#) mit Sir Robert Skidelsky am 16.10.2013 in Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Sir Robert Skidelsky,

die Zeit ist reif für eine radikale Veränderung der Ökonomie und der Sozialpolitik.

Sie, Sir Robert Skidelsky, haben gemeinsam mit Ihrem Sohn Edward die Diskussion über den Sinn und Stellenwert der Ökonomie in der Gesellschaft und über entsprechende politische Handlungserfordernisse vorangebracht. Es handelt sich um eine Diskussion, die zum Ausgangspunkt das Streben nach einem guten Leben hat. Eine Diskussion, die wir aus der Antike kennen und die heute wieder hochaktuell ist.

Demnach muss die Politik, das heißt, das politische Handeln der Menschen, auf eine gemeinsam und demokratisch regulierte Ökonomie aus sein. Der Zweck des am Bedarf der Menschen orientierten und des der Harmonie mit der Natur verbundenen ökonomischen Handelns ist das gute Leben aller.

Inspiziert durch die Lektüre Ihres Buches und an den Überlegungen zu einem guten Leben anknüpfend, möchte ich im Folgenden vier Aufgaben linker Politik herausarbeiten. Aufgaben, die wir im Hamsterrad der schnellen Meldungen, der Alltagspolitik schnell aus den Augen verlieren. Aufgaben, die gleichermaßen von historischer Dimension und hochaktuell sind. Aufgaben, die schon länger ihrer Umsetzung harren und die anzugehen unverzichtbar ist, wenn wir alternative Entwicklungspfade in Richtung eines guten Lebens für alle einschlagen wollen.

I Demokratische Verfügungsgewalt über die Produktion und Produktionsmittel

Erstens kommt die Debatte um ein gutes Leben für alle nicht umhin, sich kritisch mit der kapitalistischen Marktwirtschaft auseinanderzusetzen. Denn die Durchsetzung der kapitalistische Marktwirtschaft hatte die Verwandlung der Natur und des Menschen in Waren zur Folge. Die Gesellschaft wurde zum Anhängsel des Marktes. Das Motiv der Gewinnerzielung trat an die Stelle des Motivs der lebensnotwendigen Existenzsicherung.

Diese Freisetzung bzw. Entbettung der Ökonomie aus dem Kontext der traditionellen Gesellschaft und der moralischen Ökonomie treffend beschrieben zu haben, ist das Verdienst des Wirtschaftshistorikers und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi.¹

Das Motiv des Profits in der kapitalistischen Marktwirtschaft hat hingegen Karl Marx mit der Formel $G - W - G'$ ausgedrückt. Geld wird zum Kapital. Der Strich steht für den Profit. Die Ware wird zum Vehikel, um einen Profit zu realisieren. Auf den Finanzmärkten versucht man sich dieses Vehikels zu entledigen. Insofern kann $G - W - G'$ für die Finanzmärkte auf die Formel $G - G'$ verkürzt werden.

Die Unersättlichkeit einer auf Konkurrenz und Profit orientierten Ökonomie und die Unersättlichkeit der menschlichen Begierden nach einem "Mehr" sprengen jeglichen sittlichen und politischen Rahmen, in den die Ökonomie eingebettet gehört.

Ich plädiere also erstens dafür, als eine Bedingung für das gute Leben aller, die politische Einbettung der Ökonomie in eine demokratisch verfasste Gesellschaft zu diskutieren und zu wagen. Ein Urthema linken Denkens.

Da reden wir über die demokratische Bestimmung des Was und des Wie der Produktion, im Klartext über die demokratische Verfügungsgewalt über die Produktion und Produktionsmittel.

¹ Karl Polanyi, *The Great Transformation*, Frankfurt/Main 1990, S. 70, 88 und 182 ff.

II Muße und Arbeitszeitverkürzung

Die Antike – zumindest das, was uns davon überliefert wurde – war sich der Notwendigkeit der Einbettung bewusst.

Die ungezügelte Mehrung des Reichtums führt nicht zu einem guten Leben – weder individuell noch für das Gemeinwesen. Sie behindert die Menschen an der Gestaltung der polis, des politischen Gemeinwesens, dem Handeln und Sprechen wie Hannah Arendt sagt. Die Sicherung und Mehrung des Reichtums lenke von der Beschäftigung mit Politik, Philosophie und von dem Streben nach Vollkommenheit und kultureller Entwicklung ab.

Allerdings setzt das politische Engagement die Absicherung der Existenz und gesellschaftliche Teilhabe des Menschen voraus. Armut be- und verhindert politisches Engagement.

Arbeit, sofern sie nicht nur den unfreien Sklavinnen und Sklaven anheimfiel, sondern den freien Bürgern (Bürgerinnen sah die Antike in dem Maße nicht vor), war, wenn sie zu viel Zeit beanspruchte, ebenfalls hinderlich für ein politisches Engagement. Erst recht verhinderte sie, die Zeit in Muße zu verbringen.

Und damit sind wir bei einer weiteren Grundbedingung für ein gutes Leben: der Arbeitszeitverkürzung. Arbeitszeitverkürzung als eine Voraussetzung um Muße zu ermöglichen, die Robert und Edward Skidelsky adeln, indem sie Muße zu einem der universellen Basisgüter des guten Lebens erklären.

Ganz der Antike verbunden beschrieb Karl Marx Muße ("free activity not labour") als Reich der Freiheit, in dem die menschliche Kraftentwicklung als Selbstzweck gilt. Zudem vertrat er die Auffassung, dass zum Aufblühen des Reiches der Freiheit die Verkürzung des Arbeitstages die Grundbedingung ist.

Es ging Marx darum, dass eine Ökonomie entwickelt und gestaltet werden muss, die ein gutes Leben ermöglicht, die Frei-Zeiten und Frei-Räume zur freien Entwicklung

der Fähigkeiten der Individuen ermöglicht, auch als Bildung im weitesten Sinne verstanden. Freie Entwicklung der Fähigkeiten – das ist die Marxsche moderne Formel für die kulturelle Entwicklung des Menschen.

Selbstbestimmte individuelle Entwicklung auf der Basis verkürzter Arbeitszeit – diesen hochpolitischen Anspruch müssen wir haben. Und zwar angesichts einer Welt des Burnouts, der Verdichtung von Arbeit, der immer schneller werdenden Produktionszyklen, die auf der Grundlage angeheizter Konsumsüchte die Besinnungslosigkeit erzeugen und Ressourcenvernichtung vorantreiben – alles um des Profits und Unersättlichkeit willen.

III Feministische Dimension: Care-Ökonomie

Eine demokratisch regulierte Ökonomie umfasst drittens, Ökonomie in der Tat als eine Ökonomie des ganzen Hauses zu verstehen und politisch zu gestalten.

Das heißt, die in den gängigen Volkswirtschaftstheorien nur im Hintergrund bedachte oder gar ganz ausgeblendete Bedeutung der Reproduktionsarbeit bzw. der Care-Ökonomie im politischen Bewusstsein zu erinnern. Das, was hauptsächlich Frauen ökonomisch zum Erhalt und zur Entwicklung des einzelnen Menschen und der Gesellschaft leisten, ist wenn auch scheinbar privat, immens politisch.

Keine öffentliche Ökonomie und keine Politik funktioniert ohne diese private Ökonomie. Also ist auch politisch und ökonomisch dafür Sorge zu tragen, dass diese notwendige Arbeit – um wieder mit Karl Marx zu sprechen – menschenwürdig zu gestalten ist. Das heißt zum Beispiel, dass diese Arbeit endlich gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt wird, also deutlich mehr in männliche Hände zu legen, als es bisher der Fall ist.

Denn wer es mit dem guten Leben für alle ernst meint, muss beiden Geschlechtern die Frei-Zeit und den Frei-Raum für politisches Engagement und Muße gewähren.

Der feministische Caremob bei den Blockupy-Protesten brachte mit dem folgenden Slogan die Situation vieler Frauen treffend auf den Punkt: "Feierabend gibt es bei mir nicht: nach der Arbeit Reproschicht!" Wobei Reproschicht Reproduktionsarbeit meint: Also Kinder von der Kita abholen, Hausaufgaben kontrollieren, Pfandflaschen wegbringen, die Spülmaschine ausräumen, Wäsche waschen, die kranke Großtante besuchen, Geburtstagsgeschenk für den Opa besorgen. Es kümmert sich ja sonst niemand drum.

Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der notwendigen Sorgearbeit sind zwei Seiten einer Münze, die politisch geprägt werden muss. Zur politischen Umsetzung dieser zwei Seiten bedarf es intelligenter Instrumente.

Ein solches Instrument wäre zum Beispiel ein Elterngeld, das finanziell Anreize dafür setzt, dass beide Elternteile für die erste Zeit nach der Geburt des Kindes auf Teilzeit gehen. So bleiben beide im reduzierten Umfang in der Erwerbsarbeitswelt verankert, bleiben weiter auf dem Laufenden. Zudem können beide Elternteile von Anfang an gleichberechtigt die Segnungen der Familienarbeit genießen.

Analog ließe sich diese Modell auf ein Pflegezeitgeld übertragen, falls die Älteren zum Pflegefall werden.

IV a Einkommenskorridor: Reichtumsbegrenzung

Viertens müssen ökonomische und sozialpolitische Prozesse so gestaltet sein, dass ungezügelte Reichtumsmehrung einerseits und Armut andererseits ausgeschlossen wird.

Sie, Sir Robert Skidelsky, schreiben von der Notwendigkeit, die Einkommensungleichheit zu minimieren. Ja, sie muss radikal minimiert werden. Dazu brachte das Magazin prager frühling vor einiger Zeit die Idee eines Einkommenskorridors in Gesprächs.

Dieser Einkommenskorridor im Sinne der Demokratie sieht vor, dass es zum einen nach unten eine Sockelung geben muss, um Armut zu vermeiden, und dass es zum anderen nach oben hin eine Deckelung zur Begrenzung von übermäßigem Reichtum geben muss.

Ganz einfach gesprochen: Niemand sollte hier weniger als 1.000 Euro netto im Monat zur Verfügung haben. Im Gegenzug stellt sich die Frage: Braucht irgendjemand mehr als das Vierzigfache des gesellschaftlichen Minimums?

Wenn wir davon ausgehen, dass für Deutschland die Armutsrisikogrenze bei über 1.000 Euro netto liegt, sprechen wir beim Vierzigfachen faktisch von einer halben Millionen Euro netto im Jahr.

Und wenn ja, führen diese Mehrausgaben tatsächlich zu einem Mehr an Lebensgenuss?

Als einige Medien diese Frage übersetzten als eine Forderung nach einer 100-Prozent-Steuer, da war die Aufregung groß. Nun geht es nicht gleich um eine 100-Prozent-Steuer. Wir sind in unserem Wahlprogramm erst Mal mit der Forderung nach einem Steuersatz von 75 Prozent auf jeden Euro oberhalb einer Millionen gestartet. Wobei ich doch daran erinnern will, dass Anfang der 50er selbst in den USA ein Spitzensteuersatz von 90 Prozent galt.

Auch die Initiative 1 : 20 geht darauf zurück: Diese sieht eine gesetzliche Regelung vor, wonach der höchste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als das Zwanzigfache der untersten Lohngruppe im Unternehmen betragen darf. Wer also eine halbe Millionen Euro für den Chef will, muss sicherstellen, dass Pförtner und Reinigungskraft mindestens mit 25.000 Euro im Jahr nach Hause gehen.

Wer es ernst meint mit der Reichtumsbegrenzung, wird mit viel Gegenwind rechnen müssen. Allerdings hat er oder sie gute Argumente für couragierte Reichtumsbegrenzung auf seiner Seite:

- a) Leistungsgerechtigkeit
- b) Demokratische und
- c) Ökologische Erwägungen

a) Zur Leistungsgerechtigkeit:

Ich will wahrlich nicht dem Einheitslohn das Wort reden. Es soll durchaus differenzierte Einkommen und Löhne geben. Allerdings ist bei so manchem Einkommen höchst fraglich, inwieweit wirklich Leistung entscheidend war. Um nur ein Beispiel der Einkommensspreizung zu beleuchten: Ein Krankenpfleger im Westen mit Nachtschichten bekommt noch nicht mal 50.000 Euro brutto im Jahr. Der Vorstandschef des Pharmakonzerns Bayer bekommt das 91-fache. Kann man wirklich das 91-fache eines Krankenpflegers mit Nachtschichten leisten?

b) Zum demokratischen Begründungszugang:

Auch für Einkommensmillionäre hat der Tag nur 24 Stunden. Das heißt, der Mehrung des Lebensgenuss durch noch mehr Ausgaben sind schon zeitlich Grenzen gesetzt. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass das Mehr an Einkommen und Vermögen auch genutzt wird, um privilegiert Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Beispielsweise, indem man einen Think Tank – nennen wir ihn mal Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – gründet, diesen jährlich mit vielen Millionen ausstattet, damit dieser als Pseudo-NGO die öffentliche Meinung zu Gunsten der eigenen wirtschaftlichen Interessen beeinflusst, zum Beispiel gegen die Förderung erneuerbarer Energien Stimmung macht.

Also auch um das Ungleichgewicht der Möglichkeiten politischer Artikulation zu begrenzen, heißt das Gebot Reichtumsbegrenzung.

c) Die ökologische Dimension

Am unteren Ende der Einkommenskala gilt natürlich erst einmal, mensch muss sich eine ökologische Lebensweise leisten könne. Soll heißen: Das Brot vom Ökobäcker schmeckt zwar deutlich besser als das abgepackte aus dem Supermarkt, ist aber eben auch teurer. Und die stromsparenden Kühlschränke verursachen zwar geringere Betriebskosten, das Geld für deren Anschaffung muss aber auch erst mal angespart werden, was bei Dumpinglohn und Hartz-IV-Satz kaum möglich ist.

Daraus zu schlussfolgern, dass die Menschen mit geringen Einkommen eine besonders negative ökologische Bilanz hätten, hieße einem Irrtum aufsitzen. Denn: Der Einkommens- und Verbrauchsstatistik verdanken wir folgende Erkenntnis: je höher das Einkommen eines Haushaltes, um so höher die Ausgaben für Strom.

Wer mehr Geld hat, hat meist größere Wohnungen, mehr technische Geräte. Kurzum der ökologische Fußabdruck fällt deutlich größer aus. Dass private Swimmingpools eine schlechtere ökologische Bilanz pro Nutzer haben als öffentliche Schwimmbäder ist auch offensichtlich. Insofern steht eine Umverteilung von privaten zu öffentlichen Gütern sowie die Begrenzung von Reichtum auch im Zeichen der ökologischen Gerechtigkeit.

IV b Einkommenskorridor: Sockelung nach unten

Neben dem Ziel der Reichtumsbegrenzung sieht das Modell Einkommenskorridor vor Armut zu verhindern und ein Mindestmaß an Teilhabe zu garantieren. Bezüglich dieses Ziels würde schon die sozialpolitische Mindest-Trias der LINKEN – also Mindestlohn, Mindestrente und sanktionsfreie Mindestsicherung – große Fortschritte erzielen.

Ich, und nicht nur ich, knüpfe daran an und denke weiter bis zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Das Bedingungslose Grundeinkommen ist – eine

intelligente Ausgestaltung vorausgesetzt – nicht nur ein Mittel, um Armut, auch verdeckte Armut, zu beseitigen, und Einkommen und Vermögen umzuverteilen.

Es kommt auch der gewünschten Arbeitszeitverkürzung vieler Vollzeitbeschäftigter entgegen. Neben der Funktion als Katalysator für Arbeitszeitverkürzung kann das BGE wie eine Demokratiepauschale wirken.

Ein Schritt in diese Richtung wäre auch die in Gewerkschaftskreisen diskutierte Bedingungslose Grundzeit, die jeder und jedem erlaubt, mehrmals im Leben eine finanziell ausreichend abgesicherte Auszeit aus dem Beruf oder aus anderen stressigen Lebenslagen zu nehmen.

Und noch etwas: Schon das Sprechen über das Grundeinkommen bricht mit der Ideologie des Mangels und der Knappheit, die uns noch mehr Drehen im Produktions- und Konsumtionshamsterrad aufschwätzen will.

Es ist genug für alle da!

Wie schrieb Erich Fromm, ein moderner Begründer der über zweihundert Jahre alten Idee des Grundeinkommens:

"Der Übergang von einer Psychologie des Mangels zu einer des Überflusses bedeutet einen der wichtigsten Schritte in der menschlichen Entwicklung. Eine Psychologie des Mangels erzeugt Angst, Neid und Egoismus. Eine Psychologie des Überflusses erzeugt Initiative, Glaube an das Leben und Solidarität. Tatsache ist jedoch, dass die meisten Menschen psychologisch immer noch in der ökonomischen Bedingung des Mangels befangen sind, während die industrialisierte Welt im Begriff ist, in ein neues Zeitalter des ökonomischen Überflusses einzutreten."²

² Erich Fromm, Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle, in: Erich Fromm, Erich: Gesamtausgabe in zwölf Bänden. Band V, München 1999, S. 310

Sir Robert Skidelsky,

Sie denken gemeinsam mit Ihrem Sohn Edward in Ihrem Buch "Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens" über die Organisation des kollektiven Lebens in einer Gesellschaft nach, die genug für alle hat.

Sie eröffnen als Wirtschaftshistoriker, der das Werk von John Maynard Keynes hervorragend kennt, Freiräume für ein politisches Denken über den begrenzten Horizont aktueller ökonomischer Theorien.

Ich habe Ihr Buch mit Vergnügen gelesen und viele Anregungen für meine politische Arbeit erhalten. Danke.